

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Seite mit Ausnahme der Überschriften und des Inhaltsverzeichnis 5 We für den folgenden Tag. Druckpreis bei Abnahme monatlich 3 M., durch weitere Quartale zugerechnet in der Stadt monatlich 4.40 M., auf dem Lande 4.80 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Beschwerden und Postämter sowie andere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Druckpreises.



Inseratpreis 1 M. für die 6 gezeichneten Korrespondenz oder deren Raum, Lokalpreis 90 Pf., Anzeigen 2.50 M. Bei Sonderdruck und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigungen. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Tagesrechnung 3 M., Nachzahlungsbetrag 30 M. Anzeigenannahme bis nachmittags 10 Uhr. Für die Nichtzahlung der durch Fernruf übermittelten Rechnungen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder bei Nichtzahlung in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vösig, für den Inzeratenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 46.

Donnerstag den 24. Februar 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reparationskommission hat in einer Note an die deutsche Regierung die Fristen für die bis zum 1. Mai zu erledigende Festsetzung der Entschädigungssumme festgelegt.
- Gemäß einem Beschluß der Londoner Konferenz soll die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März stattfinden.
- Nach den bisherigen, fast lückenlosen Wahlergebnissen wird der preussische Landtag aus 421 Abgeordneten bestehen. Er tritt am 10. März zusammen.
- Die Montenegroer haben den Serben den Krieg erklärt und die Feindseligkeiten eröffnet.

## Gemeinsame Abstimmung

Gerade wenn man es am wenigsten erwartet, kommt zuweilen eine gute Vorhersage, auf die man gar nicht mehr gerechnet hatte. So hören wir jetzt plötzlich aus London, daß die dort versammelte Enquete-Konferenz beschlossen habe, die ober-schlesischen Landeseinwohner und die auswärtig wohnenden Abstammungsberechtigten an einem Tage oder, wie es in der amtlichen Meldung heißt, zu gleicher Zeit abstimmen zu lassen. Eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich der Bestimmungen erinnert, die der Versäßer Friedensvertrag über die Zukunft Oberschlesiens getroffen hat. Ein Akt der Gerechtigkeit jedoch, wenn man sich die wilden Agitationen ins Gedächtnis zurückruft, mit denen die Polen die getrennte Abstimmung jener zwei Gruppen von Oberschlesien durchzuführen versuchten. Es ist wenig, blutwenig, was mit dem Londoner Beschluß erreicht worden ist, aber es ist doch etwas.

Wenn es nach den Polen gegangen wäre, hätten die aus Oberschlesien ausgewanderten Stimmberechtigten überhaupt nicht an der Entscheidung über das Schicksal ihrer Heimat mehr teilnehmen dürfen. Sie sprachen und sprachen wohl auch jetzt noch von „Emigranten“, als handelte es sich um Leute, die, des Lebens am Ort ihrer Geburt überdrüssig, den Staub ihrer Kindheit, ihrer Jugend von den Schulben geschüttelt hätten und in fremde Länder gezogen wären, um dort ihr Glück zu versuchen. So sollte bei denjenigen, die ein Wort bei der Sache mitzureden haben, mit aller Gewalt die Vorstellung erzwungen werden, als handle es sich bei Oberschlesien wirklich um ein eigenes Land, ein eigenes Staatswesen, das nur von der barmherzigen Barbarensucht der Deutschen seiner Selbstbestimmung wider Recht und Moral entzogen würde. Diese „Emigranten“ hatten in Wirklichkeit nur ihren Wohnort nach anderen Teilen des Reiches verlegt, weil sie so im Mutterlande der deutschen Kulturgemeinschaft verbleiben konnten, und sie hingen mit um so treuerer Liebe an ihrer Heimat fest, als sie durch hundert Fäden mit ihr verbunden blieben. Aber den Polen waren sie ein Grauel, und sie setzten alle Hebel in Bewegung, um sie von der Abstimmung fernzuhalten. In Paris fanden sie damit nur zu williges Gehör. Man beglückte uns von dort aus mit Notizen, in denen uns die Wahl gelassen wurde, ob wir die auswärtig wohnenden Abstammungsberechtigten vielleicht nach Köln verfrachten wollten, damit sie dort unter wohlwollender Entente-Aufsicht ihr Wahlrecht ausübten, oder ob wir zwei verschiedenen Abstimmungsterminen den Vorzug geben wollten. Mit Entrüstung lehnte die deutsche Regierung den einen wie den anderen Vorschlag ab und bestand auf den verbindlichen Zusicherungen des Friedensvertrages. Seitdem ließ der amtliche Mund des Obersten Rates in dieser Sache nichts mehr von sich hören. Unverblüdet wurde aber die Sache so behandelt, als wäre die Abstimmung getrennter Abstimmungstage fest beschlossen und unabänderlich.

Inzwischen ließ man der Interalliierten Kommission in Opatowitz freie Hand zur Vorbereitung des Abstimmungswortes — und diese schenkte allerdings den politischen Einflüsterungen so gründlich Gehör, daß den Herren in Paris und London nach dieser Seite hin wohl kaum noch etwas Wesentliches zu tun übrig blieb. Schon ihre allgemeinen Bestimmungen räumten mit den abgewanderten Oberschlesiern gehörig auf; überdies wurden die formellen Vorschriften für die Anmeldung und Eintragung in die Abstimmungslisten mit einer solchen Fülle von Fallstricken ausgestattet, daß es fast schwer, wenn nicht unmöglich war, ihnen zu entgehen. Danach glaubt man vielleicht endlich den Polen auch einmal einen Wunsch vertragen zu dürfen, im Vertrauen darauf, daß diese „Vertragstreue“, diese „Gerechtigkeits“ den lieben Freunden in Warschau und Lemberg nichts mehr schaden werde. Der britische Ministerpräsident hat allerdings kürzlich in seiner Unterhausrede eine Bemerkung eingeschoben, die wie ein leiser Tadel gegen die unbegrenzte Ländergier der Polen sich ausnahm. Er sprach davon, daß es unmöglich angehe, Gebiete, die vor 500 Jahren vielleicht einmal einer anderen Staatshoheit unterstanden, jetzt wieder aus imperialistischen Beweggründen von ihrer gegenwärtigen Staats- und Kulturgemeinschaft loszureißen. Aber bei Lloyd George kann man nie wissen, ob oder wie weit es ihm ernst ist mit dem, was er sagt. Jedenfalls sind in Oberschlesien die Dinge so weit gediehen, auch dank der Schreckensherrschaft, die Herrn Korjant auszuüben seit Monaten erlaubt wurde, daß die Deutschen nur noch mit Aufbietung äußerster Kraftanstrengungen hoffen können, zu ihrem Rechte zu gelangen.

An diesen Kraftanstrengungen werden sie es nicht fehlen lassen, weil sie wissen, daß für Oberschlesien, für das Deutsche Reich Leben und Sterben von der Entscheidung des Abstimmungstages abhängt.

## Abstimmung am 20. März.

Die Londoner Meldung über die gleichzeitige Abstimmung in Oberschlesien wurde auch von Paris aus bestätigt. Weitere Einzelheiten liest man in den Pariser Blättern. Die Londoner Konferenz hat danach beschlossen, die ausgewanderten Oberschlesier an demselben Tage wie die Einheimischen abstimmen zu lassen und den Abstimmungstermin auf den 20. März festzusetzen. Falls dieses Datum aus irgendeinem Grunde nicht sollte eingehalten werden können, dann sollte die Abstimmung an einem dem 20. März nachkommenden Tage erfolgen. Die englische Regierung habe sich verpflichtet, der interalliierten Kommission in Oberschlesien zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmung vier englische Bataillone zur Verfügung zu stellen.

## Lloyd George gegen Briand.

Im „Echo de Paris“ erscheint eine Darstellung der Londoner Verhandlungen, nach denen es zwischen Lloyd George und Briand zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der ober-schlesischen Frage gekommen sei. Briand habe sich auf den Standpunkt gestellt, die von dem Obersten Rat getroffenen Maßnahmen müßten aufrechterhalten und die gefassten Beschlüsse dürften nicht rückgängig gemacht werden. Er erinnerte Lloyd George daran, daß dieser der französischen Regierung den Vorwurf gemacht habe, sie wolle die Abmachungen von Vonnegon nicht einhalten, und jetzt wolle er selbst den von den Alliierten gefassten Beschluß umstoßen. Frankreich habe die größte Verantwortung, da es die meisten Truppen in Oberschlesien bereitgestellt habe, während England nicht einen einzigen Mann stelle. General Le Rond habe erklärt, daß eine Gefahr für Oberschlesien darin bestehe, wenn die außerhalb Oberschlesiens wohnenden mit den dort Anwesenden zur selben Zeit abstimmen würden. Lloyd George ließ sich dadurch nicht überzeugen, sondern sagte nummehr, er werde aber viel Bataillone nach Oberschlesien entsenden. Die Unterredung, sagt „Echo de Paris“, sei äußerst unangenehm gewesen und habe zwei Stunden gedauert, danach habe Briand sich entschlossen, sich zu unterwerfen. Es sei möglich, daß der gefasste Beschluß unangenehme Folgen haben werde.

## Die Reichstagsnachwahlen.

Schleswig-Holstein und Ostpreußen.

Bei der Reichstagsnachwahl in Schleswig-Holstein erhielten Mandate die: Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1 und Mehrheitssozialisten 4. In Ostpreußen haben noch zwei Bezirke aus. An Stimmen erhielten bisher:

Mehrheitssozialisten	214 647
Zentrum	87 696
Demokraten	50 083
Deutschnationale Volkspartei	277 590
Unabhängige	51 746
Deutsche Volkspartei	136 987
Kommunisten	67 563
Mittelstandspartei	9 565
Polen	11 623

Daran würden Mandate erhalten: Sozialdemokraten 4, Zentrum 1, Demokraten 1, Deutschnationale 5, Unabhängige 1, Deutsche Volkspartei 2, Kommunisten 1.

## Der neue preussische Landtag

### 421 Abgeordnete.

Das vorläufige Gesamtergebnis der preussischen Landtagswahlen hat nicht eine Verminderung, wie man zunächst annahm, sondern eine Vermehrung der Abgeordnetenliste gebracht. Am 26. Januar 1921 zogen 402 Abgeordnete in die Preussische Landesversammlung ein, jetzt werden 421 Vertreter des Volkswillens im neuen Landtag vorhanden sein. Die wechselnde Anzahl erklärt sich aus der Bestimmung, daß auf 40 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter kommt, überschüssende Wahlstimmen werden auf die Landeswahlvorschlüsse angerechnet, aus denen sich dann neue Mandate ergeben. Bei dieser Wahl waren es 35, die sich auf die verschiedenen Parteien verteilten.

## Die endgültige Zusammensetzung.

Gewählt sind am 20. Februar nach den letzten Feststellungen, an denen sich durch die noch vorzunehmende amtliche Überprüfung kaum etwas ändern dürfte, 399 Abgeordnete. Dazu treten die bisherigen 22 Landesversammlungsadgeordnete des Wahlkreises 9 (Oberschlesien), wo nicht gewählt wurde, Gesamtzahl also 421. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Par-

teien. Die zweite Ziffer gibt die Parteistärke in der Landesversammlung von 1919 an.

	1921	1919
Mehrheitssozialisten	113	(145)
Zentrum (einschl. Welfen)	90	(94)
Deutschnationale Volksp.	73	(48)
Deutsche Volkspartei	57	(23)
Vereinigte Kommunisten	30	(—)
Unabhängige	28	(24)
Demokraten	26	(65)
Wirtschaftspartei	4	(—)
Schleswig-Holsteiner	—	(1)
Welfen	—	(2)
<b>zusammen</b>	<b>421</b>	<b>(402)</b>

Für Oberschlesien gehen 22 Mitglieder der früheren Landesversammlung mit in den neuen Landtag, und zwar elf Zentrumsmitglieder, sieben Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängige, ein Deutschnationaler und ein Demokrat.

15 951 338 abgegebene Stimmen.

Die Zahlen der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen sind folgende:

Sozialdemokraten	4 171 286
Zentrum	2 964 602
Deutschnationale	2 892 000
Deutsche Volkspartei	2 266 587
Kommunisten	1 207 695
Unabhängige	1 055 023
Sozialdemokraten	977 463
Wirtschaftspartei	187 345

Der Rest der insgesamt abgegebenen 15 951 338 Stimmen entfällt auf die polnische und die fraktionlose Partei, wie auf zerstückelte Stimmen.

## Umbildung der preussischen Regierung?

Berlin, 22. Februar.

Nach amtlicher Veröffentlichung fand heute eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Partizipation getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

## Die angestrebte Einheitsfront.

Berlin, 22. Februar.

Welchen Einfluß der Ausfall der Landtagswahlen auf die Zusammensetzung der preussischen Regierung haben wird, steht noch nicht fest. Von mehreren Seiten wird die, wenn auch nicht durch Mandatszuwachs, so doch durch die veränderte Sachlage gestärkte Stellung des Zentrums hervorgehoben, die sich bei dem Eintritt neuer Männer in das Ministerium bemerkbar machen werde. Diese neuen Männer würden bestimmt kommen, wenn auch das jetzige Kabinett am Ruder bleiben dürfte, da ja noch immer eine Mehrheit für die bisherige Koalitionregierung vorhanden sei, die sich unter Umständen durch die Heranziehung der Deutschen Volkspartei verbreitern könnte. Die Mehrheitssozialdemokratie, als die stärkste Partei, soll geneigt sein, gegebenenfalls dem Zentrum den Ministerpräsidenten zu überlassen, dafür aber die beiden wichtigsten Ämter, das des Innern und der Landwirtschaft, für sich beanspruchen. Falls die Deutsche Volkspartei in die preussische Regierung eintreten sollte, verlangten die Mehrheitssozialisten Teilnahme an der Reichsregierung in gleichem Maße. Das Zentrum soll mit dieser übereinstimmenden Ordnung der Dinge im Reich und in Preußen einverstanden sein. Für die Verhandlungen in London sei die Schaffung einer Einheitsfront bei preussischer und Reichsregierung sehr wünschenswert.

## Ruhrgebiet oder Mainlinie.

Französische Pläne.

In der französischen Presse tauchen immer wieder neue Kombinationen auf in Bezug auf die militärischen Maßregeln, die gegen Deutschland ausgeführt werden sollen, falls in London ein Einverständnis über die Entschädigungsfrage nicht zustande kommen würde. Die übertriebenen Nachrichten, die die nationalsozialistische Presse von der Besetzung des Ruhrgebietes zu melden wußte, sind von der Regierung dementiert worden; denn sie hatten die Wirkung, das französische Publikum in härtesterem Maße zu beunruhigen als das deutsche, weil die Durchführung derartiger Pläne die seit zwei Jahren versprochene Herabsetzung der Militärdienstzeit von neuem hinauschieben würde. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ glaubt versichern zu können, daß die Regierung Beland überhaupt nicht mehr an die Besetzung des Ruhrgebietes denke, weil diese mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Folgen eine sehr